Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 492 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 26. Oktober

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Wirth wieder Reichskanzler

Der Reichskanzler Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Heute mittag Reichstagssitzung

Ebert an Wirth

w. **Berlin**, 25. Oktober.

Der Reichspräsident richtete heute nachmittag 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen, in der Ueberzeugung, mit der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiteren Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel dieser Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. Die Entscheidung, die die Botschafterkonferenz der Alliierten in der oberschlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustandzubringen. Verschiedene Vorgänge haben sich indes in die gepflogenen Verhandlungen eingedrängt, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwendet worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat. In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebene Absage zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dies Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener

(gez.) Ebert.

*

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechung mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Heinze zu sich gebeten. Die Besprechung mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustandekommt, so daß es sich dem Reichstage heute nachmittag 1 Uhr bei dessen Zusammentritt wird vorstellen können.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf heute, Mittwoch, 12 Uhr mittags festgesetzt. Das Plenum selbst wird entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder ob der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Der Standpunkt der deutschen Volkspartei

Berlin, 25. Oktober.

Die Vermutungen, daß die sogenannte große Koalition von Stresemann bis Scheidemann auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde, haben sich inzwischen bestätigt. Die Formel für die Regierungserklärung in der oberschlesischen Frage, die den Vertretern der verschiedenen Parteien in der gestrigen Besprechung beim Reichspräsidenten mitgegeben wurde, hat nicht die Billigung der volksparteilichen Fraktion gefunden. Sie hat ihre einstimmig ablehnende Auffassung in einem Brief an den Reichspräsidenten niedergelegt, den der Abgeordnete Kempkes heute morgen in einer erneuten Besprechung der Parteivertreter bei Herrn Ebert zur Verlesung brachte. In diesem Brief wird zunächst die vorgesehene Erklärung der Regierung als unzureichend abgelehnt. Es wird dann weiter darauf verwiesen, daß die Entscheidung der oberschlesischen Frage im Grunde eine nationale Abwehrfront in Deutschland erfordere, daß diese Forderung aber keine Aussicht auf Verwirklichung habe, angesichts der gegensätzlichen Haltung der Sozialdemokratie. Und es wird zum Schluß erklärt, daß unter diesen Umständen die Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht in der Lage sei, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Heute vormittag traten die Demokraten zusammen. Während ihrer Sitzung wurden die Abgeordneten Petersen und Koch zu einer neuen Besprechung beim Reichspräsidenten geholt. An dieser Besprechung nehmen **nur die Führer der alten Koalition** teil, die dort den Brief der Deutschen Volkspartei kennenlernen sollen.

*

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschäftigte sich dabei vor allem mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden Regierung gegenüber der oberschlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der oberschlesischen Frage unterstrichen den Standpunkt festgehalten, daß die Entscheidung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Mantelnote die Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung in sich schließe, und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß die Entente unter Umständen durch Zwangsmaßnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung zu bringen versuche. Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmaßnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb bestehe die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der oberschlesischen Frage einige, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entstünden. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen.

Dieser Vorschlag bedeutet aber keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition, dem zufolge die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen sich bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht vom Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besitz- und Spekulationssteuer gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die oberschlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungen oder um Goldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich aussprach und mußte sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

Die Offizierslaufbahn in der Kriegsmarine

Aus dem Reichswehrministerium wird uns geschrieben:

Seit Bildung der neuen Reichsmarine, die kurz nach Kriegsausgang erfolgt ist, sind über zwei Jahre verstrichen. Ihr Aufbau hat, soweit es das stark belastete Reichsbudget gestattete, inzwischen erkennbare Fortschritte gemacht. Kein Staat darf bei noch so ungünstiger Finanzlage die Ausgaben, auf denen seine Existenz beruht, die Ausgaben für seine Wehrhaftigkeit, scheuen. Der deutsche Reichstag hat sich dieser Ueberzeugung nicht verschlossen und durch die Bewilligung der ersten Mittel für den Aufbau der Reichswehr, zu der auch die Marine zählt, seinen Willen bezeugt, unsere nationale Existenz zu sichern und zu stärken. Seitdem ist zwei Jahre lang an dem Aufbau der Reichsmarine gearbeitet worden. Ein Linienschiff der Deutschland-Klasse, „Hannover", befindet sich im Dienst, ein zweites folgt im Laufe dieses Winters. Auf mehreren Kleinen Kreuzern und zahlreichen Torpedobooten weht wieder die deutsche Kriegsflagge.

Diese in Dienst befindlichen Schiffe sind bisher nicht untätig gewesen, es haben zahlreiche Besuche im näheren Auslande stattgefunden. Der Kleine Kreuzer „Hamburg" und eine Flottille haben im Sommer 1921 eine Minenräumexpedition um Skandinavien und das Nordkap herum in das Weiße Meer unternommen. Der norwegische Lotse, der die Schiffe begleitete, äußerte sich kurz darauf in „Norges Handels- och Sjöfarts Tidende" folgendermaßen: „Auf keiner der vielen Reisen und Expeditionen an denen ich in meinem Leben teilgenommen habe, ist mir soviel Zuvorkommen und Freundlichkeit entgegengebracht worden, wie von diesen Leuten. In jeder Beziehung und von allen. Ich habe noch nie eine Stellung mit ähnlichen Gefühlen verlassen, wie dieses Mal. Obwohl die Kost an Bord so einfach war, wie ich es noch nie erlebt habe, und mein Leben unter dem mörderischen Feuer der Bolschewiken an einem Faden hing. Trotz alledem werde ich die Tage, die ich dort an Bord verlebt habe, nicht vergessen. Das waren Leute mit Haltung und Disziplin, nur frohe Gesichter vom Kommandanten bis zum Matrosen. Alles ging wie am Schnürchen. Ich hatte Gelegenheit, alles zu sehen und vieles kennen zu lernen. Ich fasse meine Beobachtung dahin zusammen: Ein solches Volk kann niemals untergehen!"

Im September haben das Linienschiff „Hannover" Finnland, die Kreuzer „Arcona" und „Medusa" Norwegen und Schweden Besuche abgestattet. Größere Reisen über See zu unternehmen, muß heute selbstverständlich die Rücksicht auf den schlaffen Staatssäckel verbieten. — Die minenverseuchten Gebiete der Ost- und Nordsee sind nahezu gereinigt. Nach Beendigung der Arbeiten werden die zahlreichen zurzeit in Dienst befindlichen Minensuchboote außer Dienst gestellt werden, und dann wird der Aufbau der deutschen Reichsmarine beendet werden können. Deutschland wird dann über 6 Linienschiffe, dieselbe Anzahl Kleiner Kreuzer und 4 Torpedoboots-Halbflottillen verfügen können. Da einige der Kleinen Kreuzer bereits etwas überaltert sind, wird der Neubau zunächst eines Kleinen Kreuzers vorbereitet, dessen Kiel in nächster Zeit auf der Wilhelmshavener Marinewerft gestreckt wird. Die Baumittel sind vom Reichstage mit großer Mehrheit bewilligt. Weitere Ersatzbauten werden folgen, sobald unsere Wehrfähigkeit zur See es erfordert.

Das Personal der Reichsmarine besteht alles in allem aus 15 000 Mann, darunter etwa 900 Offiziere. Man hat organisatorisch dafür Sorge getragen, daß das Aufrücken der Offiziere in die höheren Dienstgrade rasch genug vor sich geht, um eine Ueberalterung in den höheren Dienststellen zu vermeiden. Bei der Kriegsmarine, die zur Führung ihrer Schiffe Männer von raschem Entschluß, frischer Tatkraft und eisernen Nerven gebraucht, würde eine Ueberalterung der Führer besonders nachteilig wirken. Nur jugendliche Frische und Ausdauer vermag den Kampf mit Wind und Wetter, dem der Seemann in seinem Berufe ausgesetzt ist, mit Erfolg zu führen. Dementsprechend muß rechtzeitig für Ersatz der aufrückenden jüngeren Offiziere, für den Nachwuchs des Offizierkorps gesorgt werden. Die Marineleitung hat deshalb einen Vorbereitungslehrgang für Offizier- und Halbmeisteranwärter eingerichtet, der am 1. April 1922 beginnt. Jeder Soldat kann heute Offizier werden, wenn er Erziehung, Charakter und Bildung besitzt oder erwirbt, wie sie erforderlich sind, um andere Soldaten auszubilden und zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110261-15/fragment/page=0001

führen. Für Anwärter, die mit dem Ziel, Offizier zu werden, in die Marine eintreten, ist es zweckmäßig, das Abgangszeugnis einer neunklassigen höheren Lehranstalt zu erwerben, da sie sonst vor der Annahme zur Offizierslaufbahn eine dieser Stufe entsprechende Bildung nachweisen müssen. Bereits nach dem ersten Ausbildungsjahr werden die Offiziersanwärter an Bord von Kreuzern, Torpedobooten und Segelschiffen kommandiert. Auf dem Viermastschoner „Niobe" werden sie in der Bedienung der Segelschiffstakelage unter der Leitung des durch seine Kriegserlebnisse bekannten Kapitänleutnants Graf Luckner ausgebildet.

In der folgenden Zeit wechselt praktische Tätigkeit auf den Kriegsschiffen mit theoretischer, berufswissenschaftlicher Ausbildung, an deren Beendigung sich die Beförderung zum Offizier bzw. Marinezahlmeister anschließt, wenn die Bedingungen der Offiziersprüfung erfüllt werden.

Früher bot die Gehaltsfrage gewisse Schwierigkeiten insofern, als der Seekadett und junge Offizier ohne elterliche Zuwendungen nicht auskommen konnte. Dem Prinzip entsprechend, daß jedem Soldaten, auch dem unbemittelten, die Offizierslaufbahn offen stehen soll, falls er die erforderliche Befähigung besitzt, hat sich das heute vollkommen geändert. Heute erhält der Offiziersanwärter vom Tage seines Eintritts an nach dem Beamtenbesoldungsgesetz seine Gebührnisse, die ihm zwar keine Prärisereien, aber bei einfachem Leben sein Auskommen ohne irgendeine Unterstützung erlauben.

Anfragen über die Offizierslaufbahn in der Kriegsmarine und Anmeldungen sind an die Personalämter der Ost- oder Nordseestation in Kiel oder Wilhelmshaven zu richten und nach Möglichkeit bis 31. Dezember 1921 einzureichen, damit Berücksichtigung zum 1. April 1922 erfolgen kann.

Die Verfolgung der Karlisten

Wien, 25. Oktober.

Wie offizielle Meldungen, die in der Nacht einliefen, berichten, sind Karl und Exkönigin Zita, nachdem sie südlich von Komorn von den Honthytruppen gefangen genommen waren, nach Schloß Totis, wo die frühere Kaiserin Elisabeth besonders gern weilte, gebracht und dort unter Bewachung gestellt worden. Der Kampf bei Komorn, in dem der karlistischen Wehrmacht ein Ende bereitet wurde, soll sehr blutig verlaufen sein. Es soll 400 Tote und über 1000 Verwundete gegeben haben. (?)

Wie weiter aus Budapest gemeldet wird, hat die Regierung Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Ludwig Szilagyi und Georg Szemrecsanyi, ferner gegen die Generale Horvath, Lehar, Graf Anton Sigray, Borovicenj, Oberst Asboth und Major Ofzenburg erlassen. Sie sind des Aufruhrs angeklagt und zum Teil flüchtig sie sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Szilagyi befinden sich bereits bei der Polizei in Gewahrsam. Dem Abgeordneten Szemrecsanyi gelang es, als Geheimpolizisten ihn festnehmen wollten, durch das Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er flüchtete im Automobil.

*

Der Reichsverweser Horthy richtete folgende Proklamation an die ungarische Nation:

„Ungarn durchlebte entscheidende Stunden. Gewissenlose Individuen verführten den König Karl, so daß er zweck Ausübung der Macht überraschenderweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie die drohenden Gefahren des Bürgerkrieges, fremder Besetzung und Vernichtung des Landes vorhersehen mußten. Auf die traditionelle Königstreue des ungarischen Volkes rechnend, sollten sie den Plan durch Ueberraschung durchführen.

Dank der freien Nationalarmee und der Nichtkenntnis des ungarischen Volkes scheiterte der Plan, welcher für Ungarn verhängnisvoll hätte werden können. Viele der Irregeführten kehrten auf die richtige Bahn der Pflichterfüllung zurück. Die Ausdrücke wärmsten Dankes und der Anerkennung allen denjenigen, die neben mir treu aushielten und aushalten, um das Vaterland zu retten!

Besondere Anerkennung gebührt der unmittelbar betroffenen Bevölkerung jenseits der Donau, die Ruhe und Nüchternheit bewahrte, ebenso der Bevölkerung Budapests und namentlich der Arbeiterschaft, deren patriotische Haltung die Sicherung der Ordnung in jeder Weise erleichterte.

Ich bin überzeugt, daß unter der Einwirkung dieser Ereignisse alle Bürger des schwergeprüften Landes ihre Uneinigkeiten, persönliches und Klasseninteresse zurückstellen und wie ein Mann das Interesse des Vaterlandes verteidigen werden."

Budapest, 25. Oktober.

Exkönig Karl und seine Gattin befinden sich unter strengster Bewachung auf dem Schloß Tata in der Nähe von Komorn. Der König ist der Obhut des Obersten Simenfalvi anvertraut. Exkönig Karl darf das Schloß nicht verlassen und mit niemandem in Verbindung treten. Er und seine Gattin haben sich in ihre Räumlichkeiten zurückgezogen und weigern sich, irgend jemanden zu empfangen. Karl ist mit den Nerven völlig zusammengebrochen und erlitt kurz nach seiner Gefangennahme einen schweren Weinkrampf. In dem Augenblick, als er sah, daß sein Abenteuer zusammengebrochen war, äußerte er Selbstmordgedanken. Königin Zita, in der man wohl wie beim ersten Putsch die geistige Urheberin des kindischen Abenteuers zu erblicken hat, ist bedeutend gefaßter, wenn sie auch niedergeschlagen ist.

Wie verlautet, haben die diplomatischen Vertreter der Entente von ihren Regierungen den Auftrag erhalten, mit der ungarischen Regierung über den künftigen Aufenthaltsort des Königspaares zu verhandeln. Auch die Vertreter der kleinen Entente nehmen an diesen Verhandlungen teil. Es heißt, daß der diplomatische Vertreter Englands mit aller Schärfe darauf dränge, daß das Königspaar außerhalb Europas interniert werde, da man eine Gewähr dafür haben müsse, daß Karl nicht durch neue Abenteuer den Frieden Europas gestöre. An eine Rückkehr in die Schweiz ist nicht zu denken, da die Bundesregierung klar und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß sie einem Wortbrüchigen nicht nochmals Asyl gewähren werde. Da auch kaum ein anderer europäischer Staat dem Kaiser Gastfreundschaft bieten wird, so kommt, wenn nicht der englische Plan eines St. Helena zur Durchführung kommt, nur die Internierung in Ungarn selbst in Frage, und diese Lösung der Frage ist um so wahrscheinlicher, als die ungarische Regierung den König endlich zu einer formellen Abdankung zwingen will.

Verminderung der Reparationslasten?

w. Newyork, 25. Oktober.

Der Washingtoner Korrespondent des „Newyork Times" sagt in einer Meldung über die bevorstehende Konferenz, der Widerstand, der sich gegen eine Besprechung der internationalen Finanzfragen auf der Konferenz geltend gemacht habe, scheine geschwunden zu sein. Der offizielle Standpunkt, daß eine Erörterung dieser Fragen eine Gefahr für die Konferenz bedeuten würde, scheine von Grund auf geändert zu sein.

*

Laut „Daily Telegraph" haben die führenden Bankiers Amerikas den Präsidenten Harding überzeugt, daß die Delegierten der anderen Länder auf der Washingtoner Konferenz weniger Begeisterung für eine Beschränkung der Rüstungen zeigen werden, wenn nicht auch die internationalen Finanzfragen zur Erörterung kommen. Zahlreiche Ratgeber des amerikanischen Präsidenten seien der Ansicht, daß die Weigerung der Vereinigten Staaten, Frankreich irgend eine militärische Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben, durch die Erklärung gemildert werden könne, daß die Vereinigten Staaten einen Anteil der Garantie der Reparationszahlungen übernehmen würden. Es werde vorgeschlagen, daß die amerikanische Regierung, falls Deutschland einen Teil der an Frankreich geschuldeten Reparationszahlungen nicht zahlen könne, Frankreich ein gleicher Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten erlassen werden soll.

Der Berichterstatter der Associated Preß an Bord des Dampfers, auf dem sich die japanische Delegation zur Washingtoner Konferenz befindet, meldet drahtlos, es verlaute, der Hauptpunkt des japanischen Programms auf der Washingtoner Konferenz werde der Wunsch sein, eine Verteidigungsstellung beizubehalten, die groß genug sei, um jeder Seestreitkraft, die irgend eine andere Nation in der Lage wäre nach dem fernen Osten zu senden, entgegenzutreten. Japan glaube anscheinend nicht, daß Amerika seine ganze Flotte nach dem fernen Osten schicken könne, wegen der Entfernung und des Mangels an genügend großen Flottenstützpunkten.

Die Helgoländer Frage

w. Berlin, 25. Oktober.

Aus Helgoland erhalten wir folgende Mitteilung:

Marius Nissen, bisher Leiter der Zweigstelle Nordwest des Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutschtum, und Richard Zimmermann-Lübeck, seit 38 Jahren Besucher Helgolands und genauer Kenner der hiesigen Verhältnisse, hatten in diesen Tagen eingehende Besprechungen mit den beteiligten Stellen der Regierung, der Gemeinde und der 62. Kommission über die wichtigen Helgolandfragen. Dank dem auf allen Seiten herrschenden Geiste verständnisvollen Entgegenkommens konnten alle Beteiligten eine Grundlage für die weitere Behandlung und zur endgültigen Lösung der Streitfrage erreicht zu haben. Die Gemeinde und die 62. Kommission werden nunmehr ihre festumrissenen Wünsche, worüber eingehende Besprechungen stattfanden, in einer Denkschrift der Reichs- und Staatsregierung sowie dem Reichstage und dem preußischen Landtage beschleunigt darlegen.

Das endgültige Berliner Wahlergebnis

Berlin, 25. Oktober.

Der Stadtwahlausschuß trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Stadtrats Boetsch abermals zusammen. Es wurde festgestellt, daß die Freie Vereinigung Anspruch auf ein Stadtverordnetenmandat hat. Dadurch verändern sich abermals die Verhältnisse der einzelnen Parteien. Die Sozialisten werden nunmehr 110 Mandate und die Bürgerlichen 115 erhalten. Die Deutschnationalen erhalten 40, die Deutsche Volkspartei 35, die Demokraten 17, die Wirtschaftliche Vereinigung 12 und das Zentrum 8, die Kommunisten 21, die U. S. P. D. 43, S. P. D. 46, die Deutschsozialen 1 und die Freie Vereinigung 1.

Der große Ausverkauf im Rheinland

Mainz, 25. Oktober.

Die Aufkäufe durch valutastarke Ausländer nehmen im besetzten Gebiet einen folgenschweren Umfang an. Viele Geschäfte liegen bereits ohne Waren da; der Textil- und Schuhwarenmarkt ist schwer betroffen. Der Leidtragende ist zunächst die kapitalarme einheimische Bevölkerung, da durch den Ausverkauf die zu erwartende Teuerung im Rheinland etwa ein Vierteljahr früher als im übrigen Reich eintritt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat daher eine Polizeiverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufes erlassen, nach der der Kleinhandelsverkauf an Ausländer zunächst bis einschließlich 5. November 1921 verboten ist, soweit es sich nicht um Deckung eines augenblicklichen dringenden persönlichen Bedarfes handelt. Das Verbot erstreckt sich nicht auf

a) Ausländer, die im besetzten Teil der Rheinprovinz ihren dauernden Wohnsitz haben und

b) auf Angehörige der Streitkräfte der alliierten und assoziierten Mächte und die ihnen zugeteilten Personen, die sich als solche ausweisen können.

Der Verkauf ist nur in den im Kleinhandel üblichen Mengen gestattet. Verstöße hiergegen werden mit der höchst zulässigen Geldstrafe oder mit entsprechender Haft bestraft. Die Verordnung gewährt natürlich nur einen ganz unzulänglichen Schutz, da der Oberpräsident den Angehörigen der Alliierten infolge des Rheinlandabkommens den Handel nicht verbieten kann.

*

Infolge der niedrigen deutschen Valuta ist die Pfalz von französischen, belgischen und holländischen Kaufleuten, insbesondere Wein- und Obsthändlern überschwemmt. Der 1921er Wein wird von diesen Weinhändlern massenhaft aufgekauft. Der deutsche Weinhandel kann bei der fortdauernden deutschen Geldentwertung nicht mit und muß zusehen, wie der edle Pfalzwein zu Spottpreisen über die Grenze geht, wofür dann die minderwertigen französischen und elsäßischen Weine zu teurem Geld hereinkommen.

Wie aus einer Mitteilung des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete an den Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet hervorgeht, hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe alle Reichs- und Staatsressorts ersucht, dem besetzten Gebiet durch Zuteilung von Reichs- und Staatsaufträgen Unterstützung zu gewähren.

Berlin ohne Automobildroschken. Der schon seit einiger Zeit von den Berliner Kraftdroschkenbesitzern angekündigte Streik ist gestern morgen, wenn auch nicht in dem beabsichtigten Umfang, so doch als Teilstreik in Erscheinung getreten.

Auf die Beschwerden der „Hamburger Warte", des „Hamburger Tageblattes", der „Münchener Morgenpost" und des „Deutschen Volksboten" in Frankfurt a. O. über die gegen sie erlassenen Verbote hin, hat der Beschwerdeausschuß des Reichsrats die 14tägige Verbotsfrist des „Hamburger Tageblatts" auf 7 Tage herabgesetzt, alle übrigen Verbote wurden bestätigt.

Zeitungsverbote. Die „Pfälzer Zeitung" und das „Rheinische Volksblatt" sind von den französischen Behörden für drei Tage verboten worden.

„Der Medderkoog"

Schleswig-Holsteinscher Roman

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Zweites Kapitel.

„Tantchen — Tantchen!"

Sophie von Webern sah sich erstaunt um. Träumte sie — oder woher kam auf einmal diese süße, langentbehrte Stimme?

„Hier, Tantchen — in der Hecke stecke ich! Hilf mir! Die Ranken halten mich fest. Mein Kleid reißt. Schadet aber nichts, Schelte gibt's heute abend doch noch!"

Ein kühner Sprung über die dicke, dornige Hecke, die den Park von der Dorfstraße trennte — und vor der erschrockenen Tante stand die zierliche Gestalt ihrer Nichte Lisa von Reventlow im grauen, ehrbaren Pensionskleid, in das die dornigen Ranken große dreieckige Löcher gerissen hatten.

„Lisa! Um des Himmels willen — Lisa! Wo kommst du her?"

„Aus Kopenhagen, Tantchen. Erst mit dem Schiff, dann mit der Bahn, und schließlich mit Klaus Tiesens Kälberwagen. Der hat mich hier an der Weißdornhecke abgesetzt. Dann hab' ich ein Schmalzbrot gegessen, das Klaus Tiesen mir menschenfreundlicherweise zusteckte, und hab' euch dabei beobachtet. Ihr sprecht sehr laut und gereizt zusammen, darum beschloß ich, besseres Wetter abzuwarten, vor allem dich erst allein zu treffen, Tantchen."

„Unglückskind, was hast du wieder angestellt?"

„Kn der Pension drohen sie mir, mich hinauszuwerfen, weil ich dem Geschichtslehrer widersprochen hatte, und nicht achtzehn wollte. Da zog ich es vor, freiwillig das Lokal zu räumen, und bin einfach ausgekratzt. In diese Zwangsanstalt gehe ich nicht wieder — das steht fest."

„Deine Mutter wird verlangen, daß du sofort wieder zurückgebracht wirst."

„Papa behält mich trotzdem. — Tantchen, du siehst ja ganz blaß aus! Habe ich dich so erschreckt? Verzeih mir, du liebes, süßes Tantelmäuschen!"

„Wie du jetzt schmeicheln kannst, kleine Katze! Und vor dem Lehrer wolltest du dich durchaus nicht entschuldigen?"

„Nein, denn er ist ein Lügner — und wer lügt, den verachte ich, dem bitte ich nichts ab."

Der trotzige Ausdruck in ihrem weichen, reizenden Mädchengesicht erinnerte lebhaft an die scharfen, charaktervollen Züge des Vaters.

„O Kind — Kind!" Ein tröstendes Unbehagen überlief Sophie von Webern bei Lisas Worten. Wie sollte sich ein harmonisches Zusammenleben gestalten, wenn die Tochter ihre Mutter und ihre Tante beständig auf kleinen Lügen und Heimlichkeiten ertappte? Ihre Augen füllten sich mit Tränen.

Lisa schlang die Arme um die kleine, huckige Gestalt. „Tantchen — weinen darfst du über meinen Streich nicht! Komm, wir schleichen leise in dein Zimmer. Du hilfst mir beim Umziehen, denn diese Sachen riechen alle entsetzlich nach Klaus Tiesens Kälberwagen. Mamas feines Näschen würde das sofort herausschnuppern!"

Vorsichtig, sich nach allen Seiten umsehend, traten sie zusammen den Rückweg an. Das Glück begünstigte sie. Niemand begegnete ihnen im Hause, auf den langen Korridoren und Treppen. Nur vom Untergeschoß herauf tönte gedämpftes Sprechen und Tellerklappern. Die Dienerschaft aß wahrscheinlich gerade die Abendsuppe.

„Oh, Tante Fiekchen — dein liebes Zimmer! Wie hab' ich mich danach gesehnt!"

Lisa blieb in der Mitte der freundlichen Stube stehen und sah sich um.

„Geschmacklos — aber gemütlich!" meinte Sophie von Webern. „Alles, was sich sonst im Hause nicht recht verwenden ließ, habe ich mir wie ein Hamster in meinen Bau geschleppt."

Etwas zusammengewürfelt sah's in der Tat aus. Jeder Lehnstuhl, jedes Sofa zeigte eine andere Form; aber traulich und anheimelnd war das Ganze geordnet. Von der feinen, graublauen Tapete hoben sich zartgetönte Aquarelle, in schmale Goldleisten gefaßt, wirkungsvoll ab. Die Bilder stellten alle irgendeine besonders schöne Baumgruppe im Park, oder auch nur ein wie hingehauchtes Stück Himmel, mit einem grünen Landstreifen darunter, dar. Keine vollendet ausgebildete Technik, aber doch eine unleugbare große Begabung, feine künstlerische Auffassung verriet jedes einzelne Gemälde. In der einen Ecke des ziemlich geräumigen Zimmers machte sich eine vielfach geschweifte, drei Stock hohe Etagere, mit allerhand Nippes und Andenken besetzt, breit, ihr gegenüber ein Glasschrank, hinter dessen blanken Scheiben die bunten Rücken einer kleinen, aber sorgfältig ausgewählten Bibliothek glänzten. Zwischen den Fenstern, auf dem Blumentisch, wucherte das saftige, grau überschimmerte Grün rotstengeliger Begonien, von feinnadligen Schlingpflanzen umschlungen. Und auf allen Tischen und Stühlen lagen Bücher, Bildermappen, Blätter mit schnell hingezeichneten Entwürfen, deren graziöse Leichtigkeit jeden Kunstverständigen entzückt hätte.

Lisas Augen glitten nur flüchtig darüber hin. „Wie fleißig du wieder gewesen bist, Tantel! Was du nur alles zusammenzeichnest! Und da steht auch noch der riesige Flickkorb so voll da! Stopfst du immer noch alles Tischzeug eigenhändig?"

„Zum größten Teil — ja. Keiner macht's deiner lieben Mutter so zu Dank wie ich. Und als alte, ziemlich unbrauchbare Tante muß man froh sein, wenigstens Wappendecke in der Vollendung ausbessern zu können. Ich hab's nun einmal nicht weiter bringen dürfen im Leben."

Die leise Bitterkeit der Worte entging Lisa nicht. Ihre zärtlichen Versicherungen, wie unentbehrlich Tante Fiekchen im ganzen Hause sei, überzeugten Fräulein von Webern zwar nicht, aber sie taten ihr doch wohl. Sie half Lisa beim Anziehen. Ein hellgeblümtes Batistkleid hing zum Glück frisch geplättet im Schlafzimmer des jungen Mädchens.

„Gerätselt mir nun endlich, Kind, warum es solchen Krach in der Pension gab," bat Tante Sophie, indem sie geschickt das Gürtelband zu einer zierlichen Schleife band.

„Ach, jetzt noch nicht — sonst muß ich alles zweimal vorkauen!"

„Lisa, wenn Mama diese Ausdrücke hört!"

„Ich rede eben immer noch, wie mir der Schnabel gewachsen ist — trotz aller dänischen Lehren und französischen Konversationsstunden. Solch Alte wie Christians zukünftige Braut Karin Holm werde ich nie."

„Spricht man in Kopenhagen schon von der Verlobung?"

„Das weiß ich nicht. Mir vertraute die dumme Lotte Holm das Geheimnis selber an."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110261-15/fragment/page=0002

Hilfe für die Rentner?

Von A. Arnstadt, Mitgl. d. Reichstages.

In seiner Rede vom 30. September kündigte der Reichskanzler Dr. Wirth eine Hilfsaktion für die mittleren Schichten, die nicht mehr im Produktionsprozeß stünden, die nur über ein bescheidenes Einkommen verfügten, welches aus Kapital oder Anspruch auf Rente stammte, angewiesen wären, an. Diese Schichten müßten unter allen Umständen durch eine große Aktion vor dem Untergange bewahrt werden.

Es ist diese Forderung von der Deutschnationalen Volkspartei wiederholt gestellt worden und die bisher erzielten Steuererleichterungen sind auf das Entschiedenste von der Partei vertreten worden und wir können nur wünschen, daß es diesmal nicht bei Versprechungen bleibt, sondern daß die Tat möglichst rasch folgen möge.

Durch unsere Pumpwirtschaft, namentlich seit dem Ausbruch der Revolution, wo die Notenpresse in erster Linie den Geldbedarf deckte, ist das Kapital der Rentner nahezu vollständig enteignet worden, indem der Wert unserer Mark immer mehr herabsinken mußte. Durch die Annahme des Ultimatums ist aber dem Faß der Boden ausgeschlagen worden. Beim Ausbruch der Revolution galt unsere Mark im Auslande noch 63 Pfg. und heute nicht viel mehr als 3 Pfg. Die natürliche Folge hiervon war, daß die Preise aller Produkte eine dementsprechende Erhöhung erfahren mußten. Alle Berufskreise, die im wirtschaftlichen Leben stehen, leiden kaum unter der Teuerung, für diese besteht nur eine verminderte Kaufkraft des Geldes, die durch höhere Einnahmen ausgeglichen wird. Für die Kapitalrentner bedeutet diese Entwicklung nicht nur eine Umwandlung ihrer Goldmark in minderwertige Papiermark, sondern ihre ursprüngliche Goldmark bringt nur noch die Rente in Papiermark. Auf der einen Seite eine 10- bis 15fache Erhöhung der Preise und auf der andern Seite gleiche Einnahme, wenn nicht noch durch die Kapitalrentensteuer die Zinsen um 10 v. H. gekürzt werden. Schon viele dieser Unglücklichen haben ihr Kapital angreifen müssen, und der Zeitpunkt, wo sie vor einem Nichts stehen, rückt immer näher heran. Diese Kreise sind aber in ihrer großen Mehrheit Veteranen der Arbeit, ein Leben von Arbeit und Entsagung, um für das Alter einen Notgroschen zu ersparen, liegt hinter ihnen. Einen großen Teil ihrer Ersparnisse haben sie aus nationalem Pflichtgefühl in Kriegsanleihen angelegt, an denen sie außerdem noch einen erheblichen Kursverlust erleiden, wenn sie zur Veräußerung gezwungen sind.

Das ist der Dank des Vaterlandes! Das mobile Kapital, das im Wirtschaftsleben weiter arbeitete oder dasjenige, welches in der Spekulation „tätig" ist, hat unter der Entwertung nicht gelitten, sondern sich den veränderten Kurswerten angepaßt und namentlich das spekulative Kapital hat enorme Gewinne gemacht. Wäre es da nicht angebracht, diese Gewinne, durch eine recht kräftige Besteuerung der Börsenumsätze heranzuziehen, um den auf der anderen Seite geschädigten Besitzern des Leihkapitals eine entsprechende Entschädigung zu bieten. Nein, nicht nur angebracht, sondern eine moralische Verpflichtung des Reiches ist es, nicht mit Almosen den Geschädigten zu helfen, sondern einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Dies hätte aber schon längst geschehen sollen, und die gegenwärtige wilde Devisenspekulation hätte sicher reichliche Mittel hierzu liefern können.

Ob sich aber die „Regierung der Erfüllung" mit ihrem kapitalfeindlichen Flügel, trotz der Ankündigung des Reichskanzlers, zu einer großzügigen Rettungsaktion wird aufschwingen können, erscheint uns immerhin noch fraglich.

Die „Görlitzer" Sozialdemokratie

Schon das unter großen Mühen und Schmerzen in Görlitz zustande gekommene neue Programm der Sozialdemokratie ist ein Beweis, daß eine, wenn auch nach außen zunächst geringe Wandlung der Partei eingetreten ist. Der kurz danach folgende Beschluß des Parteitages über das etwaige Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, also einer „monarchisch" gesinnten Partei, machte es schon deutlicher, zumal, da andere Anzeichen und Tatsachen längst darauf hinwiesen und von neuem bestätigten, daß auch die wütendste Oppositionspartei, wenn sie zur Regierung oder durch Teilnahme daran kommt, gar bald erkennt und erkennen muß, daß Kritisieren und Regieren zweierlei ist, daß mit einer Negation weder Staat noch Partei bestehen können. Dazu kam die in dem neuen Programm teilweise zum Ausdruck gelangte Erkenntnis, daß das alte Erfurter Programm tatsächlich auf falschen Voraussetzungen beruhte, also falsche Lehren enthielt. Trotzdem hat man manche der alten Schlagworte beibehalten, weil man ohne sie die damit zum Ueberdruß gefütterten Massen nicht mehr an sich fesseln kann. Jetzt finden wir in der sozialistischen Zeitschrift „Der Firn" vom 1. Otober das offene Geständnis, daß „sich gewisse Fundamentalforderungen des Sozalismus nicht halten lassen":

Die praktische Betätigung der Sozialdemokratie hat heute schon bewiesen, daß einzelne Ziele, die in dem alten Programm standen, unerreichbar sind und wahrscheinlich bleiben werden, daß die Gesellschaft der Zukunft der heutigen mehr ähneln wird, als der Sozialismus bisher gelten lassen wollte und auch das jetzt angenommene Programm noch gelten läßt. Der Krieg hat bewiesen, daß der Satz von der Internationalität von den Arbeitern anderer Nationen wesentlich anders verstanden worden ist als von den deutschen Arbeitern, wie überhaupt die kolossale Katastrophe, die wir den Weltkrieg nennen, uns gezeigt hat, daß der Mensch nicht von der seelischen Beschaffenheit ist, die der Sozialismus als Voraussetzung für die völlige Erreichung seiner Ziele von der Gattung Homo sapiens verlangen müßte.

Das mag schmerzlich sein, wahr ist es jedenfalls. Und wenn man die Programm-Erneuerung nicht bis zur Verarbeitung dieser Eindrücke und Erfahrungen vertagt, sondern ein Programm geschaffen hat, das keinen Hauch des neuen politischen Geistes zeigt, so geschah dies lediglich aus Gründen der Opportunität. Man konnte nach der Annahme der Vorstands-Entschließung die Angriffsfläche von links her nicht ohne gewichtige Armierung lassen. So ist das Programm von Görlitz unbeschadet seiner tiefroten Färbung ein Programm der Opportunität. Nicht in dem Sinne, daß die politische Opportunität in ihm einen Platz hätte, sondern daß der Anlaß seines schnellen Entstehens opportunistisch ist.

Für den politisch Unterrichteten wird damit nichts Neues gesagt, bemerkenswert daran ist nur, daß eine sozialistische Zeitschrift es offen ausspricht, obwohl die Führer aus guten Gründen sich noch sträuben, das Geständnis selbst abzulegen. Die bürgerlichen Parteien sollen sich bei ihrer Werbe- und Aufklärungsarbeit diese Aeußerung nicht entgehen lassen, damit namentlich die Arbeiterkreise davon Kenntnis erhalten, sie werden dann schon von selbst die Folgerungen daraus ziehen.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag erklärte die Reichstagswahl in Schleswig-Holstein für gültig. Damit ist die Legitimationsprüfung sämtlicher Reichstagsmitglieder beendet. Der Antrag der schleswig-holsteinischen Landespartei auf Zuteilung eines Sitzes auf den Reichswahlvorschlag Alpers wurde mangels Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen abgewiesen. Ebenso wurde der Anspruch der kommunistischen Partei auf Reststimmen und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Hamburg, deren Verrechnung bis zur Neuwahl in Schleswig-Holstein aufgeschoben war, für unbegründet erklärt.

Halle und Umgebung

Halle, 26. Oktober.

Heime für Kleinrentner

Reichstag, Landtag und Regierung werden nicht umhin können, sich mit der Not derjenigen Kleinrentner bald einmal gründlicher als zuvor zu beschäftigen, die nicht das „Existenzminimum" zum Leben besitzen. Alle bisherigen Maßnahmen haben wenig genutzt; die Not der Kleinrentnerschichten ist nach wie vor, zumal jetzt bei der starken Steigerung aller Lebensmittelpreise, erschreckend groß. Ein Antrag, der dem Landtag vorliegt, scheint wirksame Hilfe bringen zu können, wenn das Staatsministerium sich für die Sache der Kleinrentner interessiert. Zur Linderung der Not derjenigen Kleinrentner, denen nicht durch Versicherungen oder Ruhegehälter eine Annäherung an das Existenzminimum ermöglicht ist, sollen Maßnahmen getroffen werden, und zwar in der Weise, daß unter Aufwendung von staatlichen und kommunalen Mitteln die Schaffung von Heimen in die Wege geleitet wird, in denen diesen Kleinrentnern gegen eine angemessene Einzahlung bis zum Lebensende Unterkunft gewährt wird. Auf diesem Wege wird auch der herrschenden Wohnungsnot durch das Freiwerden von Wohnungen in gewissem Umfange abgeholfen werden können.

Flackerzeichen am Fernsprecher

Nur im Fernverkehr zulässig.

Von den Fernsprechteilnehmern darf das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgehäusen oder des beweglichen Hakens bei Wandgehäusen) nur in Orts-Fernsprechnetzen angewendet werden, in denen die Verbindungen durch Beamte hergestellt werden. Im Orts-Fernsprechnetz Halle (Saale) dagegen kann und darf dieses Flackerzeichen nicht benutzt werden. Die Verbindungen werden hier, nachdem vom Amt die Meldung des Teilnehmers entgegengenommen ist und die der verlangten Anschlußnummer entsprechenden Tasten gedrückt worden sind, vollkommen selbsttätig hergestellt; ebenso werden die Verbindungen nach Beendigung der Gespräche durch Auflegen des Fernhörers auf die Gabel — bei Tischapparaten — oder durch Anhängen an den Haken — bei Wandapparaten — selbsttätig ausgelöst und gezählt. Eine Beobachtung der Gespräche durch Beamte ist in Halle nicht möglich. Würde daher bei einer etwaigen Falschverbindung das sogenannte Flackerzeichen angewendet, dann würde zwar durch das dreimalige Niederdrücken der Gabel oder des Hakens am Apparat die technische Einrichtung des Amtes betätigt; das Abfrageamt würde aber von dem Vorliegen einer Falschverbindung keineswegs ohne weiteres in Kenntnis gesetzt. Da die Abfragebeamtinnen Auskünfte usw. nicht erteilen, sondern nur Verbindungen ausführen dürfen, ist im Bedarfsfalle die Störungsstelle zu verlangen, die ihrerseits die Streichung der durch Falschverbindungen aufgekommenen Gebühren veranlaßt.

Die 33. Jahresfeier der Evangel. Stadtmission

wurde durch einen Festgottesdienst in der Marktkirche eingeleitet. Superintendent Moehr legte seiner Festpredigt 2. Petri 3, 18 zugrunde und sprach über das Wachstum in der Gnade. Der gemischte Chor erfreute die zahlreich erschienenen Besucher durch ein Lied. An Stelle der Orgel begleitete der Posaunenchor die Gesänge. Bei der Festversammlung am Abend im lichtgefüllten Saale der Stadtmission begrüßte Geheimrat Elze die Anwesenden und gedachte in warmen Worten der nun von uns gegangenen Kaiserin als der früheren Protektorin des Vereins. Nach einem Liede des gemischten Chors und zweier gut vorgetragener Quartette gab Pastor Winterberg den Jahresbericht. Ein schweres Jahr liegt hinter der Stadtmission, da die Einnahmen von 124 885 M. mit einem Fehlbetrag von über 20 000 Mark abschlossen. Der durch den Dachstuhlbrand am 21. März noch vergrößert wurde. Trotzdem arbeitete sie fröhlich weiter, im Vertrauen, daß Gott die Mittel darreichen würde. 31 793 Personen wurden besucht, 518 Frauen und Säuglinge an 4380 Pflegetagen im Zufluchtsheim aufgenommen. Die Arbeitsstätte beschäftigte 16 Personen an 2235 Arbeitstagen, 2774 Versammlungen wurden in den verschiedenen Zweigen in- und außerhalb Halles gehalten. Den Festvortrag hielt Superintendent Moehr über „Brücken und Gräben". Brücken sollen geschlagen werden zu neuen Arbeitszweigen, sogar bis aufs Land hinaus, um die Verbindung von Stadt und Land wieder herzustellen. Gräben sollen gezogen werden, damit die Arbeit sich vertieft und die Menschen lernen vertrauensvoll in die dunkle Zukunft zu schauen. Der Posaunenchor trug zur Verschönerung der Feier bei.

— **Nach zwanzigjähriger, erfolgreicher Tätigkeit** gab Herr Carl Manz sein Amt an Herrn Edgar Thamm ab, der von jetzt ab Administrator der Buchhandlung des Waisenhauses und die von Cansteinsche Bibelanstalt ist.

— **Der „Klassenkampf" wieder einmal verboten!** Das Kommunistenblatt „Der Klassenkampf" ist wegen eines Artikels „Die Edelsten der Nation", in dem er — so schreibt Herr Döltz — „den Staat mit den Worten: „Der freieste der Welt" verächtlich macht" und dazu noch die republikanisch-demokratische Verfassung als eine „Orgesch-Republik" bezeichnet, verboten worden. Der § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 ist dabei herangezogen worden. Der „Klassenkampf" darf 14 Tage nicht erscheinen; morgen wird die „Tribüne" wohl wieder da sein.

— **Die Schupo-Deputation bei der „Volksstimme"**, die sich — so meldeten wir gestern — stark republikanisch gebärdete, war gar keine Deputation und hat sich auch nicht dagegen ausgesprochen, daß sie nur „ungern den gegebenen Befehlen folgt, die schwarz-weiß-roten Demonstranten zu schützen" sondern — sie hat Verwahrung gegen die Art und Weise eingelegt, mit der die „Volksstimme" gegen die Schupo wettert. Das ist freilich etwas anders und man bleibt vergeblich bemüht, herauszubekommen, was der Volksstimmen-Redakteur wohl verwechselt hat. Aber das ist so: was nicht in den „Kram" paßt, wird gebogen und warum sollen denn zwei Wachtmeister der Schupo nicht auch einmal eine „protestierende Deputation" sein?

— **Frauenfleiß.** Der Hallesche Hausfrauenverein, e. V., veranstaltet am Sonntag, den 30., und Montag, den 31. d. M., in den Räumen des Ev. Vereinshauses, Mittelstraße 14/15, eine Ausstellung „Frauenfleiß". Sie verfolgt in unseren Tagen wirtschaftlicher Nöte das besonders hochanzuerkennende Ziel, seinen Besuchern zu veranschaulichen, wie die regen Hände und der praktische Sinn der Hausfrau, neben neuen Sachen auch aus vorhandenem Alten, Neues schaffen können. Die Ausstellung umfaßt sowohl jegliche Kleidungs- und Wäschestücke, als auch sonstige Gegenstände des Haushaltes und des Kunstgewerbes, selbstverfertigte neue und wiederhergestellte alte Spielsachen. Der Hausfrauenbund nimmt die auszustellenden Gegenstände Sonnabend, den 29., von 9 bis 2 Uhr im Ev. Vereinshause gegen Empfangsbescheinigung entgegen und bittet die Hausfrauen recht viel zu bringen. Eine besondere Abteilung ist dem Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur eingeräumt. Auch unsere städtische Frauenschule bringt selbstverfertigte Spielsachen um den Müttern Anregung zum Weihnachtsfeste zu geben.

— **Frauenausschußsitzung der Deutschnationalen Volkspartei.** Am 20. Oktober fand eine gutbesuchte Frauenausschußsitzung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Fräulein Dr. Riedel über den Reichsschulgesetzentwurf. Die darin vorgesehenen Schulgattungen wurden besprochen und vom christlich-nationalen Standpunkte aus kritisch beleuchtet. Im Anschluß an den Vortrag fand eine lebhafte Aussprache über diese brennenden Kulturfragen statt.

— **Erhöhung der Landarbeiterlöhne.** Einem Beschluß des landwirtschaftlichen Tarifamtes für die Provinz Sachsen und Anhalt zufolge sind die Löhne der Landarbeiter ab 14. Oktober allgemein erhöht worden, und zwar um 10—25 Pfennig pro Stunde. In der Stadt Halle, sowie in den Kreisen Saalkreis, Delitzsch, Bitterfeld, Merseburg, Querfurt, Mansfelder See- und Gebirgskreis beträgt die Erhöhung für Vollarbeiter 25 Pfennig, für Frauen, Mädchen und übrige Arbeiter 15 Pfg. Das gleiche gilt für die Kreise Weißenfels und Zeitz. Im Kreis Naumburg erhalten die männlichen Vollarbeiter 20 Pfenig, die übrigen Arbeitskräfte 10 Pfennig, ebenso im Kreise Eckartsberga: Zone 1. In Eckartsberga Zone 2 werden bezahlt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen 10 Pfennig, ebenso in den Kreisen Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda. In all diesen Kreisen erfahren die Gesindelöhne außerdem noch eine Erhöhung von je 5 Prozent.

— **Walhalla-Lichtspiel-Theater.** Der etwas verworrene Orient-Film „Ich bin du" ist phantasiereich aufgebaut auf dem Schicksal von Doppelgängern, die eine gleiche Leidenschaft zu einer schönen Frau fühlen. Der eine wird anfangs vom Unglück getroffen, setzt sich schlchießlich aber doch mit der Würde seiner Größe durch. Der andere wird zum Verbrecher, scheitert aber schließlich an seiner Schwäche. Beide spielt Hans Mierendorff überzeugend. Die Bilder vom Orient und aus dem deutschen Winterwald zeigen von neuem die vorzügliche Technik deutscher Filmkunst. Das Lustspiel „Dorrits Eheglück" bringt Bruno Kestner, der natürlich die ganze Geschichte schmeißt. Aber auch Dorrit Weixler zeigt frisches, lustiges Spiel. Man sieht Schneesportbilder und beginnt, sich mit dem Winter anzufreunden. T.

Die alten Kameraden

— **Das 10. Stiftungsfest des Vereins chem. Angehöriger des Mansfelder Feldart.-Regts. 75** leitete am Sonnabend im „Stadtschützenhaus" ein Festkommers ein. Herr Fritz Hoffmann, der Vorsitzende, hielt die Begrüßungsansprache, in der er der Gründer des Vereins gedachte und die Kameraden ermahnte, stets für die alten Ziele der Kriegervereine einzutreten. Dann überreichte Herr Heidenreich-Nietleben, der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Herrn Hoffmann eine Ehrenurkunde für 10jährige treue Arbeit im Verein. Musikalische Darbietungen wechselten mit Gesängen ab; hauptsächlich war es wieder das Burgemeister-Gesangsquartett, das viel Beifall fand. — Am Sonntag wurde das Fest fortgesetzt. Einen längeren Prolog sprach Fr. Käthe Weber. Fr. Irma Lindes Sologesänge, denen man wohlverdiente Anerkennung zollte, wechselten mit Darbietungen des Burgemeister-Gesangsquartetts ab. Zum Schluß drehten sich die Paare im Kreise und allen Teilnehmern wird das schöne Fest einen guten Eindruck hinterlassen haben.

Familien-Nachrichten

Geburt: Paul Steger (Tochter).

Verlobungen: Anna Schreyer mit Otto Stieber. — Wally Haedecke mit Johannes Falckenhagen.

Todesfälle: Marianne Trümpler. — Kaufmann Richard Gebhardt (39 Jahre). — August Leuchte (84 Jahre).

Vereins-Nachrichten

— **„Der Stahlhelm"**, Bund der Frontsoldaten, hat heute Mittwoch, den 26. d. M., außerordentliche Hauptversammlung im „Mars-la-Tour". Erscheinen ist Pflicht.

„H. Z." Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. Preis von Erxleben. 1. Momento, 2. Sonnenrose, 3. Geigerin. Tot.: 260, Pl.: 52, 19, 18. Ferner liefen: Csardas-Fürstin, Deutschritter, Erda, Fischerin, Harmonie, Margarete, Monika, Pfälzer, Sheitani. — **2. Neuköllner Ausgleich.** 1. Erbschleicher, 2. Wolkenschieber, 3. Aladar. Tot.: 417, Pl.: 130, 26, 28. Ferner liefen: Augur, Aurora, Dahlem, Don Biniou, Goldstrom, Matravirag, Orkan, Prälat, Racker, Salas y Gomez, Sarnot, Scala, Sonntagsruhe, Wachtel, Wirbel. — **3. Ratibor-Rennen.** 1. Abschied, 2. Wickinger, 3. Gimpel. Tot.: 266, Pl.: 74, 28, 50. Ferner liefen: Aberglaube, Bavaria, Damiana, Hörselberg, Intendant, Schaumschläger, Schlingel, Simson. — **4. Botschafter-Rennen.** 1. Chalzit, 2. Lorbeer, Neulüß. Tot.: 44, Pl.: 17, 20, 20. Ferner liefen: Heiligenroda, Obulus. — **5. Durchgänger-Rennen.** 1. Graf Ferry, 2. Perlschnur, 3. Flüchtling. Tot.: 29, Pl.: 14, 14, 27. Ferner liefen: Herzegowina, Hüteger, Kamille, Kolmerhof, Lotse, Prämie, Tannkönig, Wellenbrecher. — **6. Preis von Groß-Strehlitz.** 1. Morgenstunde, 2. Alarid, 3. Lehndorff. Tot.: 233, Pl.: 50, 24, 133. Ferner liefen: Barde, Cassiopeja, Ekkehard, Galerie, Grazie, Innocenz, Lieberich, Ostflucht, Protos, Winna, Young Star. — **7. Hammurabi-Ausgleich.** 1. Jo, 2. Liebesgott, 3. Saloppe. Tot.: 45, Pl.: 19, 21, 37. Ferner liefen: Henu, Horst, Katzenjammer, Medusa, Teifi, Turmglocke, Wilita.

— **Hockey-Club-Halle.** In den am Sonntag stattgefundenen vier Spielen konnte der H.-C.-H., wie schon kurz berichtet, folgende Resultate erzielen: H.-C.-H. Herren I. — Sportring Erfurt Herren I. 0:1 (0:0), H.-C.-H. Damen I. — Sportring Erfurt Damen I. 0:1 (0:0), H.-C.-H. Herren II. — Naumburg 05 Herren II. 2:2 (1:1), H.-C.-H. Damen II. — Naumburg 05 Damen I. 8:0 (5:0). Die Spiele der beiden ersten Mannschaften sahen auf beiden Seiten gleichwertige Gegner. In beiden Spielen fiel in der II. Halbzeit für Erfurt je ein Tor, während Halle leer ausging. In Naumburg konnte die II. Herrenelf gegen die gleichen von Naumburger 05, trotz zeitweiser Ueberlegenheit Naumburgs, ein unentschiedenes Resultat herausholen. Die II. Damen waren den Naumburger Damen völlig überlegen, was durch das Resultat einwandfrei wiedergegeben wird. In der II. Halbzeit konnten die Damen Naumburgs sich ein wenig aus der Umklammerung frei machen, mußten aber trotzdem noch dreimal den Ball aus dem Netz holen.

— **Der Weltmeister im Brustschwimmen geschlagen.** Bei dem Nationalen Jubiläums-Wettschwimmen, das der S. V. Neptun-Stockholm am letzten Sonntag veranstaltete erlitt der Weltmeister Malmroth eine überraschende Niederlage. Sein Klubkamerad Thor Henning, der 1912 in Stockholm hinter dem Breslauer Bathe im 400 Meter Brustschwimmen Zweiter war, ging als leichter Sieger in 1 : 20,8 hervor. Malmroth wurde in 1 : 22,6 knapper Dritter hinter Cederblom, der mit 1 : 22,5 den zweiten Platz belegte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110261-15/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Der 9. November gesetzlicher Feiertag in Thüringen

tu. **Erfurt**, 25. Oktober.

Das thüringische Staatsministerium bereitet ein Notgesetz vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Dafür soll der Bußtag wegfallen und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden.

Riebeckisches Beamtenfest in Weißenfels

Die Beamten aller im Bezirk Zeitz-Weißenfels liegenden Betriebsverwaltungen der A. Riebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle hatten sich am letzten Sonntag in Weißenfels in Schumanns Garten zusammengefunden, um gemeinsam als Angehörige einer industriellen Gesellschaft einige frohe Stunden zu verbringen, um sich näher kennen zu lernen und Kameradschaft zu pflegen. Der große Saal mit Nebenräumen reichte kaum aus, um alle die vom „Leder" und die von der „Feder" zu fassen. Eine große Zahl der Betriebsbeamten war in der historischen Bergmannstracht erschienen und trug dadurch zum Charakter des Festes bei. Der Bergmannsgruß „Glückauf" hieß die Besucher willkommen. Von dem Vorstand der Gesellschaft in Halle waren mehrere Direktoren mit ihren Damen anwesend, auch Landrat Zimmermann, die Bergrevierbeamten, die Betriebsdirektoren u. a., zählten zu den Gästen. Von der Hauptverwaltung in Halle waren viele Kollegen erschienen. Die Begrüßungsansprache hielt Herr Willi **Böhme** aus Granschütz, der sich in Verbindung mit der Wohlfahrtsabteilung der Gesellschaft um die Anregung und Durchführung des Festes bemüht hat. Er wies in seinen Worten auf den Verlust von Oberschlesien hin. Seine Ansprache klang aus in das Bekenntnis, trotz aller Not und Schande daran mitzuarbeiten, um unserem Vaterlande wieder bessere Tage erringen zu helfen und am vaterländischen Gedanken festzuhalten. Hierauf wurde von den Festteilnehmern das Deutschlandlied gesungen.

Das Vorstandsmitglied der Gesellschaft, Herr Reichstagsabgeordneter **Leopold**, nahm im weiteren Verlauf des Festes das Wort, um die Teilnehmer in ergreifenden Worten nochmals den schweren Verlust Oberschlesiens und damit die Not unseres Vaterlandes vor Augen zu führen. Der von ihm ausgesprochene Treuschwur, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis **Oberschlesien wieder deutsches Land** sei, wurde zu einer machtvollen Kundgebung der Beamten der größten Gesellschaft des mitteldeutschen Bergbaues für die oberschlesischen Brüder. Das Lied „Ich hab' mich ergeben" gab diesem Gedanken einen würdigen Abschluß.

Ein gestörter Vortrag des Generals v. d. Goltz

tu. **Leipzig**, 25. Oktober.

Anläßlich eines Vortrages, den General v. d. **Goltz** Montag abend im Central-Theater hielt, kam es zu **großen Demonstrationen der Arbeiterschaft**. Unter Rufen: „**Nieder mit der Bourgeoisie!**" und **Absingung der Internationale** versuchte die Menge in das Versammlungslokal einzudringen, wurde aber von der Schutzmannschaft daran gehindert. Als die **Schutzleute mit Steinen beworfen** wurden, hieben sie mit Gummiknüppeln auf die Menge ein und es entstand eine Schlägerei, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab. Auch einige Passanten, die abfällige Bemerkungen über die Arbeiter machten, wurden geschlagen. Da die Situation immer bedrohlicher wurde, erhielt die Polizei Verstärkungen, welche die Straße räumten. In der Versammlung selbst sprach General v. d. Goltz über „Deutschlands Zukunft im Osten". Als gegen Schluß des Vortrages von einem Besucher ein abfälliger Zwischenruf gemacht wurde, kam es auch im Saale zu einem **Handgemenge**, so daß dieser schließlich von der Polizei geräumt wurde.

g. **Lochau**, 25. Okt. (**Auszeichnung eines treuen Beamten.**) Dem ersten Lehrer, Kantor und Organisten Herrn W. Schröder hier, wurde anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für die in seinem Kirchenamt geleisteten treuen Dienste der besondere Dank und die Anerkennung des Evangelischen Konsistoriums für die Provinz Sachsen ausgesprochen; 34 Jahre lang hat der Ausgezeichnete in hiesiger Gemeinde und 9 Jahre in deren von Deutleben, Zwenkau und Ortraud segensreich gewirkt.

— **Naundorf** bei Reideburg, 25. Okt. (**Denkmalsweihe.**) Am Sonntag wurde das Kriegerehrengrabmal für die Gefallenen der drei Dörfer Naundorf, Stennewitz und Dölbau geweiht durch eine Feier, die unter reger Beteiligung der Einwohnerschaft stattfand. Das Grabmal, eingesetzt in die äußere Kirchturmmauer, ist ein Werk des **Hallischen Künstlers Paul Horn** und ausgeführt in Naumburg von dem Bildhauer Max Horn. Es paßt sich im Stil dem wundervollen romanischen Portal der um 1220 erbauten Kirche trefflich an und wirkt in seiner hehren Schlichtheit, die im farbig ausgeführten Bildwerke wie in den Inschriften zur Geltung kommt, umrahmt von einer Eiben-Hecke, als eine Sehenswürdigkeit seelenvoller Kunst. Die Feier am Abend war verschönt durch die Mitwirkung des Naundorfer Gesangvereins und der **Hallischen Männerliedertafel 1906**, beide unter Leitung des Chormeisters A. Gladis; die Ansprachen und Vorträge machten auch den Abend zu einer vaterländischen Feier.

— **Roßla**, 25. Okt. (**Selbstmord am Kyffhäuser-Denkmal.**) Der Zivilsupernumerar W. aus Naumburg machte am Kyffhäuser-Denkmal seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Als Grund zur Tat bezeichnete er in einem hinterlassenen Briefe an seine Eltern den **Schmerz** und die **Verzweiflung über den unaufhaltsamen Niedergang unseres Vaterlandes** und den sich immer mehr steigernden Materialismus.

— **Naumburg**, 25. Okt. (**Acht Waggons Montanwachs verschoben.**) Die Strafkammer verurteilte den Buchhalter Otto Busch aus Teuchern, der als Angestellter eines Unterwerkes der Riebeckschen Montanwerke zu der Zeit, in der Montanwachs noch beschlagnahmt war, acht Waggons Montanwachs nach Leipzig verschoben hatte, von denen einer durch die Polizei der Aktiengesellschaft wieder zugeführt wurde, zu zwei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust. Der Hilfsschlosser Friedrich Fischer war Empfänger der Ware, die einen Wert von 180 000 Mark darstellte. Er wurde wegen Hehlerei zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auch ihm wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

— **Leißling**, 25. Okt. (**Lebensretter.**) Ein Streckenläufer fand unterhalb des ersten Bahnwärterhäuschens bei Leißling einen Bewußtlosen mitten auf der Strecke liegen. Kaum hatte er ihn an den Bahndamm geschleift, sauste auch schon der Zug vorüber. Durch die entschlossene Tat des Beamten wurde das Leben des Unbekannten gerettet. Dankbar zeigte sich allerdings letzterer nicht, denn kaum war er wieder durch Bemühungen des Beamten zu sich gekommen, schlug er wild um sich und lief in der Richtung nach Weißenfels davon.

— **Magdeburg**, 25. Okt. (**Kirchenräuber**) **raubten aus dem Dom verschiedene Gegenstände von hohem kunstgeschichtlichen Altertumswert. Von den Tätern fehlt jede Spur.**

— **Deetz** (**Kr. Zerbst**), **25. Okt.** (**Teuere Jagdpachten.**) **Bei der gestern vorgenommenen Verpachtung der hiesigen Gemeindejagd, die in drei Parzellen eingeteilt ist, kam ein Höchstgebot von nicht weniger als zusammen 47 000 Mark heraus. Die neuen Pächter sind hiesige Besitzer.**

Volkswirtschaftlicher Teil

Industrie, Handel, Handwerk

★ **Der Verband deutscher Teppich- und Möbelstoffhändler**, e. V. (mit dem Sitze in Leipzig) hat vor kurzem in **Heidelberg** seine 19. ordentliche **Hauptversammlung** abgehalten, die vom Verbandsvorsitzenden Georg **Schrödter** (i. Fa. G. H. Schrödter in Leipzig) geleitet wurde. Aus dem umfangreichen, vom Verbandssyndikus **Gruhl** erstatteten **Geschäftsberichte** seien folgende Einzelheiten hervorgehoben. Der Verband hat bei dem Reichswirtschaftsministerium mit Erfolg darum nachgesucht, daß von den Landesregierungen die Staatsanwaltschaften und die Preisprüfungsstellen angewiesen werden, sich jeweils der Mitwirkung von Sachverständigen aus den betreffenden Handelszweigen zu bedienen. Weiter hat der Verband das genannte Reichsministerium gebeten, dahin zu wirken, daß den gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch den unter die nach der Reichsgewerbeordnung vom Hausierhandel ausgeschlossenen Waren (wie Gold- und Silberwaren, Uhren usw.), auch orientalische Teppiche (weil sie Vertrauensartikel sind) aufgenommen werden. Den deutschen Justizverwaltungen hat der Verband seine **Gebührenordnung für Sachverständige** vorgelegt. Dem Verbande heimatstreuer Oberschlesier ist seinerzeit eine größere Spende überwiesen worden. Die Versammlung beschloß, der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime eine Summe von mindestens 10 000 M. aus den Mitteln der Angestellten-Unterstützungskasse des Verbandes zur Unterbringung von Angestellten in den kaufmännischen Erholungsheimen zu stiften. Für das mit dem Verbande Deutscher Teppich- und Möbelstoff-Fabrikanten, e. V., vereinbarte paritätische Schiedsgerichtsverfahren wurden 18 Verbandsmitglieder zu Schiedsrichtern gewählt, aus deren Kreise die Mitglieder des Händlerverbandes im Bedarfsfalle einen Fachgenossen als Schiedsrichter zu bestimmen haben. Im Vordergrunde der Verhandlungen standen die Verkaufs-, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der Fabrikanten. Die Versammlung beschloß, dem Verbande Deutscher Teppich- und Möbelstoff-Fabrikanten folgende Wünsche vorzulegen: 1. Einberechnung der Verpackung in den Preisen, also frachtfreie Lieferung; 2. Lieferung ab Fabrik, nicht ab Spediteur; 3. das volle Rücktrittsrecht vom Vertrage, wie es dem Lieferer zusteht, unter den vorgesehenen Umständen auch dem Abnehmer eingeräumt zu sehen; 4. Verbot der Lieferung an Verbrauchervereinigungen aller Art sowie an Behörden wie die Reichsvermögensämter. Außerdem wurden Aenderungen der Bedingungen des Verbandes deutscher Kokoswebereien gefordert. Ferner beschloß die Versammlung, an die Teppichfabrikanten aufs neue wegen Festsetzung von Mindestverkaufspreisen heranzutreten. Eine lebhafte Aussprache knüpfte sich an verschiedene Mitteilungen über den Hausierhandel mit orientalischen Teppichen, der besonders in Wanderlagern, die in Hotels unterhalten werden, zutage tritt. Ein überaus fesselnder Vortrag, den der um die Arbeiten auf dem Gebiete der Echtfärberei mit Pflanzenfarben verdiente Teppichhändler **Hopf** aus Stuttgart über diesen Gegenstand hielt, wobei er auf die Erfolge der „Gesellschaft für pflanzliche Färberei m. b. H." in Siemensstadt bei Berlin hinwies, beschloß die reichhaltige Tagesordnung.

w. **Die Verkaufsstelle Vereinigter Isolierrohr-Fabrikanten**, G. m. b. H., **Berlin**, hat für Lieferungen ab 24. Oktober 1921 die zu den Preisen der Preisliste Ausgabe 12. September 1921 hinzuzurechnenden Aufschläge wie folgt festgesetzt: Bleirohr und Zubehör 150%, Lackrohr, Galvanorohr, Gelblackrohr 150%, Stahlpanzerrohr und Zubehör 285%, Messingrohr und Zubehör 175% Schwarzes Papierrohr 250%. Die Rabatte bleiben unverändert, Bundverpackung wird mit 7,50 Mark pro Bund berechnet.

★ **Preiserhöhung für Herde.** Wie uns vom **Eisen- und Stahlwaren-Industriebund in Elberfeld** mitgeteilt wird, hat sich der Verband deutscher Herdfabrikanten zu einer der allgemeinen erheblichen Steigerung der Gestehungspreise und Unkosten entsprechenden Erhöhung seiner Preise gezwungen gesehen.

Neue Preiserhöhungen. Der Verband für nahtlose Präzisionsrohre hat seine Preise um 34 bis 38 Prozent netto erhöht. Fixlängen werden mit einem Aufschlag von 15 Prozent netto berechnet.

Preiserhöhung für Emailllierwaren. Der **Verband europäischer Emaillierwerke** hat den Aufschlag für Kistensendungen für das gesamte Auslandsgeschäft mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres auf 950 Prozent festgesetzt, bei im übrigen unveränderten sonstigen Bedingungen.

w. **Südbayerische Mühlenvereinigung** beschloß, mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende wilde **Preistreiberei** im Verkehr mit **Brotgetreide** den Einkauf von Getreide bis auf weiteres einzustellen. Dazu erfahren wir, daß die Forderungen für bayerischen Weizen auf der Münchener Sonnabend-Produktenbörse teilweise über 600 Mark für 100 Kilogramm hinausgingen. Sie haben somit seit vier Wochen eine Steigerung um mehr als 200 Mark erfahren. Nach dem Münchener Produktenbörsen-Bericht haben die Preise für bayerische Ware eine solche Höhe erreicht, daß norddeutsches Getreide trotz der hohen Fracht wesentlich billiger gekauft werden kann.

w. **Der Reichsbund des Textileinzelhandels** teilt mit: Die vom Reichsbund des Textil-Einzelhandels über die Mitglieder der Vereinigung der deutschen Bandgroßhändler verhängte Auftragssperre hat unter dem Druck der gegenwärtigen Hausse aufgehoben werden müssen, obwohl es in langwierigen Verhandlungen mit der Vereinigung nicht gelungen ist, sie zum Verzicht auf den Schutzkonto zu bestimmen, mit dem der unliebsam empfundene Wettbewerb der Außenseiter im Interesse einer monopolistischen Kartellpolitik niedergezwungen werden soll.

ss. **Preiserhöhung für Geschäftsbücher.** (Eigener Drahtbericht.) Der Verein deutscher Geschäftsbücherfabrikanten beschloß in Ansehung der völlig umgestalteten Produktionsverhältnisse, seine Preise um 15 bis 20 Prozent mit unterschiedlicher Wirkung zu erhöhen. Die bereits erteilten Aufträge werden noch zu den alten Preisen ausgeführt.

Aktiengesellschaften

w. **Stillegung des Bochumer Vereins für Bergbau- und Gußstahlfabrikation.** Der gesamte Betrieb des Bochumer Vereins für Bergbau- und Gußstahlfabrikation ist stillgelegt worden. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in dem **Streik von 82 Maurern** beim Bochumer Verein wegen Tarifstreitigkeiten. Da kein Ersatz für die streikenden Maurer beschafft werden konnte, mußte der Hochofenbetrieb gedämpft werden. Dadurch wurden die Kraftwerke infolge Fehlens der Gaskräfte außer Betrieb gesetzt und der Betrieb im Bochumer Verein mußte stillgelegt werden. Annähernd **12000 Mann** sind **arbeitslos** geworden.

A.-G. Bismarckshall in Samswegen. Eine Hauptversammlung am 8. November in Kassel soll über **dauernde Stillegung** und bestmögliche Auswertung der Quote im Kalisyndikat und der vorhandenen Werksanlagen Beschluß fassen.

Weitere Ausdehnung des Otto Wolff-Konzerns. Wie die Dena berichtet, sind sechs der größten Braunschweiger Weißblech verarbeitenden Werke, unter Führung der Firma **Otto Wolff**, zu einer Aktien-Gesellschaft vereinigt worden. Der Konzern Otto Wolff hat hierdurch den Absatz seiner Weißblechproduktion, die 65 Prozent der deutschen Fabrikation umfaßt, sichergestellt.

w. **Die Aktiengesellschaft W. A. Scholten, Stärke- und Sirupfabriken**, schlägt eine Dividende von 20 Prozent vor.

w. Die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und **Ueberseehandel hat folgende sieben Dampfer der Reederei** Nordstjernan in Stockholm angekauft: Annie und Axel Johnson, Drottning Sofia, Oskar, Fredrik, Prinzessan Ingeborg, Kronprinz Gustav, Kronprinzessan Viktoria.

Weitere Aktien-Kapitalerhöhungen. Vogtländische Metallwerke, Akt.-Ges. in Rodewisch, um einen nicht angegebenen Betrag. Hauptversammlung am 10. November. — **Brauerei Bodenstein**, A.-G. in Magdeburg-Neustadt, um 1,2 Millionen Mark. Hauptversammlung am 17. November. — **Continental-Kautschuk und Gutta-Percha-Company** in Hannover, um 22½ Millionen Mark Stammaktien und 4,8 Millionen Mark Vorzugsaktien. Hauptversammlung am 16. November.

Geldmarkt und Banken

Weitere Expansionsbestrebungen im deutschen Bankgewerbe. In Börsenkreisen verlautet über bevorstehende Fusionen, an denen auch unsere großen Banken beteiligt sein sollen. Bisher unkontrollierbaren Gerüchten zufolge heißt es, daß eine Verschmelzung oder engere Verbindung zwischen der Commerz- und Privat-Bank einerseits und der Darmstädter Bank oder dem Barmer Bankverein andererseits bevorsteht. Wie weit diese letztere Meldung zutrifft, ist nicht gewiß, da eine Nachprüfung zurzeit unmöglich war.

w. **Die Mitteldeutsche Kreditbank in Frankfurt a. M.** hat, wie die „Frankf. Ztg." mitteilt, beschlossen, die Erhöhung ihres jetzt 90 Millionen betragenden Aktienkapitals um 50 Millionen Mark vorzuschlagen.

Neue Börsenwerte. Zum Berliner Börsenhandel wurden zugelassen: 5 Millionen Mark neue Aktien der Hugo Schneider, A.-G., Paunsdorf bei Leipzig — 125 Millionen Mark neue Aktien des Norddeutschen Lloyd in Bremen — 6 Millionen Mark neue Aktien der Mühle Rüningen, A.-G. — 55 Millionen Mark neue Aktien der Chemischen Fabrik Griesheim-Electron; — 6 165 000 Mark neue Aktien der Emil Busch, A.-G., Optische Industrie in Rathenow; — 18 Millionen Mark neue Aktien der Eisenhüttenwerk Thale, A.-G. — Antrag auf Zulassung wurde gestellt für 28 000 000 Mark 4½proz. mit 102 Prozent rückzahlbaren Teilschuldverschreibungen der Riebeckschen Montanwerke A.-G. zu Halle a. S.

★

★ **Rechtshilfe im Verkehr mit dem Auslande.** Wie wir vernehmen, hat der Außenhandelsverband (Handelsvertragsverein) eine Rechtsabteilung ins Leben gerufen, die in Angelgenheiten und Streitigkeiten des internationaln Rechtsverkehrs (Vorkriegsverträgen, Kriegs- und Liquidationsschäden, Ausgleichsfragen, Freigabe beschlagnahmter Vermögen, internationale Steuerfragen, Ein- und Ausfuhrsachen usw.) praktische Hilfe leistet. Dazu wird er in allen einzelnen Fällen für sachgemäße Beratung und Vertretung Sorge tragen und sein besonderes Augenmerk auf gütliche Erledigung von Streitigkeiten und eventuelle Bildung von Schiedsgerichten richten. Anfragen sind an das Büro des Außenhandelsverbandes (Berlin, Köthener Str. 28/29) zu richten.

Börsenberichte

Produktenbericht. **Berlin**, 25. Oktober. Am Produktenmarkte trat die Bewegung der Devisenkurse wenig in Erscheinung. Die Stimmung blieb fest. Weizen wurde vormittags etwas höher als gestern bezahlt, am Mittag galten etwa die gestrigen Preise. Es zeigte sich Kauflust seitens der Mühlen, auch für Bayern. Das Angebot aus dem Inlande war sowohl für Weizen wie auch für alle übrigen Artikel gering. Hierbei soll auch der Wagenmangel eine Rolle spielen. Roggen war zu Umlagezwecken weiter gesucht. Flottes Mehlgeschäft bietet den Getreidepreisen eine Stütze. Gerste begegnete namentlich in Wintergerste größerer Nachfrage bei sehr fester Haltung. In Hafer überstieg die Nachfrage wesentlich das Angebot. Mais war weniger umgesetzt. Es zeigte sich aber einige Nachfrage für die Provinz. Kleie war leicht verkäuflich, da der Bedarf jetzt allein auf Inlandsprodukte angewiesen ist. Von Hülsenfrüchten und Oelsaaten ist feste Tendenz zu melden.

Devisen-Notierungen

Berlin, 25. Oktober.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	5764,20	5780,80	Paris	1198,20	1201,2[illegible]
Brüss.-Antwerp.	1136,30	1138,70	Schweiz	—,—	—,—
Christiania	2227,75	2232,25	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	3231,75	3238,25	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	3866,10	3873,90	Oesterr. abgest.	8,28	8,3[illegible]
Helsingfors	257,70	258,30	Prag	169,30	169,70
Italien	644,35	645,65	Budapest	22,97	23,0[illegible]
London	656,80	658,20	Poln. Mark	4,25	—,—
New-York	165,33	165,67	Buenos Aires	—,—	—,—

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 25. Okt. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3%	4000/4050	Zinn (Banca-Straits-Austral)	10500/10700
Orig.-Hütt.-Weichblei	1550/1600	Hüttenz. (mind. 99%)	10100/1030[illegible]
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1775/1800	Reinnickel (98-99%)	8800/9100
Remelted-Platt.-Zink	1475/1525	Antimon (Regulus)	1750/1800
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	6400/6600	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	3000/305[illegible]
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren)	6700/7000	Elektrolytkupfer p. 100 kg	43[illegible]
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte Preis des Zinkhüttenverbandes	180[illegible]

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 25. Oktober.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk. 267—272, westpr. 267, **stetig.**
Roggen, märk. 214—218, fester.
Wintergerste 245—255, Sommergerste 290—310, **fest.**
Hafer, märk. 218—225, fester.
Mais, la Plata —,—, ohne Prov.-Ang. Nov.-Jan. 206—209 ab Hamburg.
Weizenmehl 343—368, **feines über Notiz.** Roggenmehl 260—28[illegible]
Weizenkleie 142—145. Roggenkleie 142—145, fest.
Raps 495—515, fest. Leinsaat 390—425, unverändert.

Victoriaerbsen	350—375	Lupinen, blaue	120—1[illegible]
Kleine Speiseerbsen	260—290	Lupinen, gelbe	135—1[illegible]
Futtererbsen	220—235	Rapskuchen	170—1[illegible]
Peluschken	210—225	Leinkuchen	—
Wicken	—	Serradella	—
Ackerbohnen	—		

Trockenschnitzel 138—142.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 27—28.
Haferstroh drahtgepreßt 30—33, Stroh seilgebündelt 28—3[illegible]
Langstroh seilgebündelt 25—27,
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 78—85, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 72—76, gesund und trocken, 63—6[illegible]
Kleeheu 95—110, alles ab Stationen.

Kartoffelnotierungen.
Erzeugerpreis ab märkischer Station:
für weiße 67—69, Großhandelspreis frei Berlin 73—7[illegible]
„ rote 67—69, „ „ „ 73—7[illegible]
„ gelbfleisch. —, „ „ „ —

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Hül[illegible]; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Heiling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Erich Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110261-15/fragment/page=0004
DFG